

MÄRZ 2026

Auswirkungen der Angriffe auf den Iran auf die Finanzmärkte



Von Christian Schulz,
Chefvolkswirt bei Allianz Global Investors

Nach den Luftangriffen der USA und Israels auf iranische Militärziele sehen sich die Märkte mit einem erheblichen, aber noch nicht destabilisierenden Schock konfrontiert. Die unmittelbare Folge ist eine Neubewertung der Extremrisiken, wobei die Ölpreise möglicherweise steigen, risikobehaftete Assets fallen und sichere Anlagen profitieren werden. Viel hängt jedoch davon ab, ob der Konflikt zu einer umfassenderen regionalen oder innenpolitischen Instabilität führt.

Zusammenfassung:

- Die Luftangriffe der USA und Israels sowie die Vergeltungsschläge des Iran haben das Risiko eines größeren Krieges im Nahen Osten erhöht.
- Der Tod des obersten Führers des Iran erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Regimewechsels sowie einer anhaltenden Instabilität im Iran. Gleichzeitig könnte dies das Risiko eines langwierigen regionalen Konflikts verringern.
- Die Märkte dürften zumindest vorübergehend höhere Risikoprämien verlangen, bis Klarheit über die interne Stabilität des Iran und die Absichten seiner geopolitischen Partner herrscht.
- Wenngleich eine anhaltende Sperrung der Straße von Hormus zurzeit unwahrscheinlich erscheint, erwarten wir steigende Ölpreise, während Aktien einen starken, aber möglicherweise nur kurzzeitigen Ausverkauf erleben könnten.

Nachdem die USA und Israel am Samstag, den 28. Februar umfangreiche Luftangriffe gegen iranische Militärziele gestartet haben, um die ballistischen Raketenkapazitäten des Iran und große Teile seiner maritimen Infrastruktur zu zerstören, hat sich die geopolitische Lage dramatisch verändert. Am Sonntagmorgen wurde bestätigt, dass der oberste Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, getötet worden war. Der Iran reagierte mit Raketen- und Drohnenangriffen auf Israel. Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, in denen sich US-Militärstützpunkte befinden, teilten mit, iranische Vergeltungsschläge abgewehrt zu haben. Auch Kuwait, Jordanien und Saudi-Arabien gaben an, iranische Angriffe abgefangen zu haben. US-Präsident Donald Trump forderte die iranischen Truppen öffentlich auf, die Waffen niederzulegen, und ermutigte die iranische Bevölkerung, sich nach Abschluss der US-amerikanischen und israelischen Operationen gegen das Regime zu stellen. Unserer Ansicht nach unterstreichen diese Äußerungen, dass die politischen Ziele über einen begrenzten Militärschlag hinausgehen könnten – wenngleich eine umfassende Strategie zum Regimewechsel weiterhin ungewiss ist.

In den letzten Wochen hatten wir vier mögliche Szenarien analysiert, wie sich die eskalierenden Spannungen zwischen den USA und dem Iran über die Nuklearpläne des Iran entwickeln könnten:

1. Nichtmilitärische Maßnahmen zur Förderung der Verhandlungen
2. Militärische Intervention ohne Regimewechsel
3. Regimewechsel
4. Eskalation zu einem regionalen Krieg.

Nachdem die Finanzmärkte nach den Anschlägen wieder öffnen, sehen sie sich einer Situation zwischen Szenario 2 und 3 ausgesetzt, mit realen Risiken einer Ausweitung zu Szenario 4, einem größeren regionalen Krieg.

Der Tod von Khamenei erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Regimewechsels und einer anhaltenden Instabilität im Iran. Diese Situation könnte jedoch von den Märkten durchaus insofern positiv bewertet werden, als dass sie das Risiko eines regionalen Konflikts potenziell verringert und positivere langfristige Ergebnisse plausibel macht (etwa einen moderateren und stärker entgegenkommenden Iran). Dennoch bestehen weiterhin erhöhte Risiken, da jeder Übergang mit potenziellen Fallstricken behaftet ist

(mit dem Worst-Case-Szenario eines Bürgerkriegs und/oder eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs).



Öl: Auspreisung positiver Szenarien

Selbst nach der Anpassung der Risikoprämien in der vergangenen Woche ist mit einem Anstieg der Ölpreise zu rechnen. Da Szenario 3 immer wahrscheinlicher wird, gibt es Spielraum für einen Anstieg des Brent-Rohölpreises zu Beginn der Woche, da die Märkte die günstigeren Szenarien auspreisen dürften. Wichtig dabei ist:

- Eine direkte Unterbrechung der iranischen Ölexporte hätte nur begrenzte Auswirkungen, da diese bereits mit Sanktionen belegt sind. Allerdings könnten die Lieferungen nach China beeinträchtigt werden, das den größten Teil der iranischen Ölexporte abnimmt.
- Die Märkte könnten gezwungen sein, wahrscheinliche gewordene Szenarien für eine erhebliche Versorgungsunterbrechung in Betracht zu ziehen: innenpolitische Instabilität, Sabotage, regionale Spannungen.
- Eine anhaltende Sperrung der Straße von Hormus erscheint derzeit zwar unwahrscheinlich, stellt angesichts der strategischen Bedeutung dieses Nadelöhrs für den globalen Öl- und LNG-Transport allerdings ein nicht zu vernachlässigendes Extremrisiko dar.

Die plausibelste kurzfristige Entwicklung ist derzeit eine erhöhte Volatilität, jedoch keine anhaltende Bewegung in Richtung der mit Szenario 4 verbundenen Preisniveaus.



Gasmärkte: Begrenzte unmittelbare Auswirkungen, aber möglicherweise zunehmende Extremrisiken

Im Gegensatz zu Öl dürften die globalen Gaspreise zu Beginn der Woche nur eine moderate Reaktion zeigen, da die Versorgung mit verflüssigtem Erdgas (LNG) nicht direkt betroffen ist. Da Iran die Krise jedoch mit „regionalem Widerstand“ in Verbindung bringt und die Reaktionen von Russland

oder China noch unklar sind, könnten die Märkte beginnen, die erhöhte Unsicherheit hinsichtlich regionaler Versorgungswege einzupreisen. Die Extremrisiken im Zusammenhang mit LNG-Preisspitzen nehmen daher zu, auch wenn die grundsätzliche Preiserwartung weiterhin moderat bleibt.



Finanzmärkte: mögliche Flucht in sichere Anlagen

Über die Energiemärkte hinaus wird sich die Risikoneigung an den Finanzmärkten verringern. Dies gilt insbesondere für folgende Fälle:

- wenn die iranischen Gegenangriffe intensiviert werden
- wenn innerhalb des Iran Proteste gegen das Regime ausbrechen
- oder wenn Teheran die Absicht bekundet, den Konflikt über seine Grenzen hinaus auszuweiten.

Eine gewisse Flucht in sogenannte sichere Häfen ist möglich, wobei der Schweizer Franken und Gold an Wert gewinnen dürften. Normalerweise würden auch US-Staatsanleihen und der US-Dollar zulegen. Angesichts der sich wandelnden Rolle des Dollars ist deren Kurs im Vergleich zu früheren Episoden geopolitischer Konflikte allerdings weniger klar. Aktien könnten einen starken, aber möglicherweise nur kurzlebigen Ausverkauf erleben, was der historischen Erfahrungen mit gezielten US-Militärschlägen entspräche. Eine resultierende Straffung der finanziellen Bedingungen würde sich unverhältnismäßig stark auf jene Volkswirtschaften auswirken, die am stärksten von den Kapitalmärkten abhängig sind, wie beispielsweise die USA.



Auswirkungen auf die Zentralbanken: Kompliziertere Zinsentscheidungen

Energiepreisbedingte Inflationsimpulse werden die Geldpolitik erschweren:

- Ein Anstieg der Ölpreise um 5 % bis 10 % führt in den USA und Europa in der Regel fast unmittelbar zu einem Inflationsanstieg um 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte.

- Die Zentralbanken dürften zwar gewillt sein, durch vorübergehende Preisspitzen „hindurchschauen“. Wenn sich der Konflikt aber hinzieht und der Energiepreisanstieg anhält, besteht die Gefahr eines weiteren Anstiegs der Inflationserwartungen. Dies könnte vor allem dort kritisch sein, wo die Gesamtinflation bereits seit mehreren Jahren über den Zielwerten der Notenbank liegt, etwa in den USA und im Vereinigten Königreich.

Das bedeutet:

- Wenngleich die Kerninflation in den USA weiterhin bei etwa 3 % liegt und viele Mitglieder des Offenmarktausschusses der US-Notenbank weniger zuversichtlich hinsichtlich des disinflationären Verlaufs sind, könnte die Fed bei einer starken Straffung der finanziellen Bedingungen in Richtung einer geldpolitischen Lockerung tendieren. Meinungsverschiedenheiten innerhalb des FOMC wären möglich. Voraussetzung für eine Zinssenkung dürften allerdings deutlichere Abwärtsrisiken für das Wachstum und den Arbeitsmarkt sein.
- Die Europäische Zentralbank und die Bank of England könnten zurückhaltender sein, insbesondere wenn die Gaspreise dem Ölpreis nach oben folgen. Die Schweizerische Nationalbank könnte zu Interventionen gezwungen sein, wenn der Franken gegenüber dem Euro aufwertet und ein Niveau von 0,90 hinter sich lässt.
- Asiatische Zentralbanken dürften mit einer erhöhten Volatilität der Wechselkurse konfrontiert sein, ihre Politik aber unverändert lassen.



Auswirkungen auf Schwellenländeranleihen

- Frühere Konflikte in der Region in der jüngeren Vergangenheit (z. B. der 12-tägige Krieg 2025) haben zu kurzlebigen und begrenzten Verkaufswellen an den regionalen Märkten geführt, da solche Ereignisse auf relativ wenige Länder oder kurze Zeiträume beschränkt blieben.
- Sollten die Ölpreise über einen längeren Zeitraum auf einem hohen Niveau bleiben, wäre eine gewisse Umschichtung von Investments in Öl exportierende Länder wahrscheinlich.

- Schwellenländer-Anlagen könnten stärker betroffen sein, wenn sich die globale Risikoneigung deutlich und nachhaltig ändert, was im Falle von Szenario 4 mit regionalen Konflikten/Instabilität wahrscheinlicher

wäre. Länder im weiteren Nahen Osten, darunter die Golfstaaten, die Türkei und Ägypten, könnten dann unter einer geringeren Risikoneigung der Anleger leiden. Dies gilt insbesondere bei einigen Lokalwährungsanleihen.



Drei Variablen, die diese Woche zu beobachten sind

Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Märkte eine Stabilisierung der Lage einpreisen oder sich in Richtung risikoreicherer Szenarien bewegen. Auf folgende Variablen gilt es dabei zu achten:

- Innere Dynamik im Iran: Anzeichen für Proteste oder Unruhen würden die Unsicherheit erhöhen und einen Energiepreisanstieg verstärken.
- Die Reaktion des Iran über Israel hinaus: Anzeichen für anhaltende Störungen im Golfgebiet – direkt oder über Stellvertreter – würden die Risikoprämien für Öl und flüssiges Erdgas unmittelbar in die Höhe treiben.
- Signale globaler Akteure: Jede politische oder logistische Unterstützung – stillschweigend oder explizit – durch Russland oder China würde die Wahrscheinlichkeit einer umfassenderen geopolitischen Konfrontation erhöhen.

Investieren birgt Risiken. Der Wert einer Anlage und Erträge daraus können sinken oder steigen. Investoren erhalten den investierten Betrag gegebenenfalls nicht in voller Höhe zurück. Die dargestellten Einschätzungen und Meinungen sind die des Herausgebers und/oder verbundener Unternehmen zum Veröffentlichungszeitpunkt und können sich – ohne Mitteilung darüber – ändern. Die verwendeten Daten stammen aus verschiedenen Quellen und wurden zum Veröffentlichungszeitpunkt als korrekt und verlässlich bewertet. Bestehende oder zukünftige Angebots- oder Vertragsbedingungen genießen Vorrang. Die Vervielfältigung, Veröffentlichung sowie die Weitergabe des Inhalts in jedweder Form ist nicht gestattet; es sei denn dies wurde durch Allianz Global Investors GmbH explizit gestattet.

Für Investoren in Europa (außer Schweiz und Vereinigtes Königreich)

Dies ist eine Marketingmitteilung herausgegeben von Allianz Global Investors GmbH, www.allianzgi.de, eine Kapitalverwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, gegründet in Deutschland; Sitz: Bockenheimer Landstr. 42-44, 60323 Frankfurt/M., Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt/M., HRB 9340; zugelassen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (www.bafin.de). Allianz Global Investors GmbH hat eine Zweigniederlassung errichtet in Frankreich, Italien, Spanien, Luxemburg, Schweden, Belgien und in den Niederlanden. Die Kontaktdaten sowie Informationen zur lokalen Regulierung sind hier (www.allianzgi.com/Info) verfügbar. Die Zusammenfassung der Anlegerrechte ist auf Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch und Spanisch unter <https://regulatory.allianzgi.com/en/investors-rights> verfügbar.

Für Investoren in der Schweiz

Dies ist eine Marketingmitteilung, herausgegeben von Allianz Global Investors (Schweiz) AG, einer 100%igen Tochtergesellschaft der Allianz Global Investors GmbH. Die Zusammenfassung der Anlegerrechte ist auf Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch und Spanisch unter <https://regulatory.allianzgi.com/en/investors-rights> verfügbar.

Allianz Global Investors | März 2026 | ADM 5262612